

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 zL, vierteljährlich 16,16 zL. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 zL. Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Doppelpaltige 25 gr., Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 8 zL. Pf., Deutschland 10 bzw. 7 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen jährlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 270.

Bromberg, Donnerstag den 24. November 1932.

56. Jahrg.

## Präsidentalkabinett mit Hitlers Unterstützung?

Schacht — Strasser — Hugenberg — Stegerwald.

Hitler soll eine parlamentarische Regierung bilden.

Berlin, 23. November. (P.M.) Die Antwort des Reichspräsidenten von Hindenburg auf die von Hitler gestellten Fragen wurde gestern nachmittags dem nationalsozialistischen Führer in einem Schreiben des Staatssekretärs Meißner mitgeteilt. Der Inhalt der beiden Schreiben wird von den amtlichen Kreisen streng geheim gehalten. Hitler soll gefordert haben, genau anzugeben, ob die ihm von dem Reichspräsidenten übertragene Mission die Bildung einer Präsidentschafts-Regierung im Auge habe, die mit der Unterstützung des Reichstages rechnen könnte, oder ob er ein Kabinett der parlamentarischen Mehrheit bilden solle, das die Vorbereitung einer Präsidentschafts-Regierung geniesse würde. In nationalsozialistischen Kreisen wird erklärt, daß die Bedingungen Hindenburgs einerseits die Bildung einer parlamentarischen Regierung erschweren, daß sie andererseits aber Hitler als dem eventuellen Leiter eines Präsidentschafts-Kabinetts keine genügende Stütze auf Grund des Art. 48 der Verfassung dem Reichstage gegenüber geben würden.

Nach Informationen des Conti-Bureaus stellt Staatssekretär Meißner in seiner Antwort fest, daß nach Ansicht des Reichspräsidenten die Idee einer Präsidentschafts-Regierung von vornherein die Möglichkeit ausschließt, zu ihrer Bildung den Führer irgend einer politischen Partei zu berufen. Hindenburg habe, so wird in dem Schreiben Meißners betont, als er sich an Hitler wandte, ausschließlich eine Regierung im Sinne gehabt, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stütze.

Unverzüglich nach dem Empfang des Antwortschreibens berief Hitler die Hauptführer der Nationalsozialistischen Partei in das Hotel Kaiserhof zu einer Sitzung zusammen. Den ganzen Nachmittag über fanden vertrauliche Beratungen statt, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob und in welcher Form Hitler die ihm von dem Reichspräsidenten angebotene Mission annehmen wird. In politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß sich Hitler bereits an die Parteiführer mit einer Einladung zu Verhandlungen gewandt habe. Man spricht auch von einer ungewöhnlich intensiven Aktion des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht und des auf eine Einladung hin eingetroffenen Herzogs Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha, um die Deutschnationalen, sowie den Stahlhelm für die künftige Regierung Hitlers zu gewinnen. Schacht hielt gestern nachmittags eine Konferenz mit Hugenberg ab.

Berlin, 23. November. (P.M.) Die am Dienstagabend im Umlauf befindlichen Gerüchte, nach welchen Hitler angeblich die Mission der neuen Kabinettsbildung bereits angenommen hätte, wurden von maßgebender Seite kategorisch in Abrede gestellt. Nichtsdestoweniger wird in gewissen Kreisen betont, daß die Entscheidung der Leitung der Nationalsozialistischen Partei in dieser Beziehung bereits gefallen sei. Die Beratungen der nationalsozialistischen Führer zogen sich bis zum späten Abend hin. Im Laufe der Diskussion kam es zu ernstlichen Reibungen zwischen den einzelnen Führern. Im Ergebnis der Beratungen wurde eine Kommission ins Leben gerufen, die unverzüglich an die Bearbeitung einer Denkschrift herantrat, in welcher der Standpunkt der Nationalsozialistischen Partei in der Frage der vom Reichspräsidenten gestellten Bedingungen eingehend präzisiert werden soll. Dieser Kommission gehören u. a. an: Gregor Strasser, Abg. Dr. Fric und Dr. Goebbels. Nach dieser Denkschrift ist die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit unter den vom Reichspräsidenten gestellten Bedingungen unmöglich. Außerdem präzisiert die Denkschrift eine Reihe von konkreten Einschränkungen bezüglich der Bedingungen der Bildung eines Präsidentschafts-Kabinetts im Sinne der nationalsozialistischen Forderungen.

Hitler will ein Präsidentschaftskabinett bilden.

Überreichung einer Denkschrift an Hindenburg.

Berlin, 23. November. Eigene Drahtmeldung.) Die Entscheidung Adolf Hitlers, die ursprünglich nach Übermittlung der Antwort des Staatssekretärs Meißner für Dienstagabend erwartet wurde, hat sich wieder verzögert und wird erst am heutigen Mittwoch erfolgen. Der nationalsozialistische Führerkreis hat am Dienstagabend eingehende Beratungen abgehalten und wird die Antwort an den Reichspräsidenten in Form einer Denkschrift übermitteln, in der dem Vernehmen nach die Lösung auf parlamentarischem Wege als aussichtslos, aber die nationalsozialistische Bewegung für eine Präsidentschafts-Lösung zur Verfügung gestellt werden wird.

In politischen Kreisen neigt man der Auffassung zu, daß die Kandidatur Hitlers für den Reichskanzlerposten also auch nach Überreichung der Denkschrift noch nicht als erledigt anzusehen sein werde.

Schacht tritt für Hitler ein.

Berlin, 23. November. (P.M.) In einer dem Korrespondenten der in Bremen erscheinenden „Nordwestdeutschen Zeitung“ gewährten Unterredung antwortete der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf die Frage, ob er Reichskanzler werden möchte, wie folgt:

Reichskanzler kann jetzt nur Hitler werden. Auf die Frage, ob Hitler die ihm für den Auftrag der Kabinettsbildung gestellten Bedingungen annehmen werde, sagte Schacht: „Ein Mann, der eine so verantwortliche Aufgabe zu erfüllen hat, sollte nicht durch Beschränkungen über die Methode geknebelt werden, die anzuwenden ist.“

Zum Schluß erklärte Schacht, daß Hitler am 18. August nicht die ganze Macht, sondern die ganze Verantwortung gefordert habe. Werde Hitler nicht heute Reichskanzler, so werde er es nach vier Monaten werden. Er könne warten.

Das voraussichtliche Präsidentschafts-Kabinett.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) In politischen Kreisen ist das Gerücht im Umlauf, daß die Nationalsozialistische Partei heute dem Reichspräsidenten von Hindenburg zusammen mit der in Vorbereitung befindlichen Denkschrift die fertige Liste eines Präsidentschafts-Kabinetts vorlegen werde. Hiernach sollen die einzelnen Portefeuilles wie folgt besetzt werden:

Reichskanzler — Dr. Schacht  
Außenminister — Freiherr von Neurath  
Innenminister u. Vizekanzler — Gregor Strasser  
Reichswehrminister — von Schleicher  
Wirtschaftsminister — Fritz Thiele  
Arbeitsminister und Preußenkommissar — Stegerwald  
Ernährungs- und Landwirtschaftsminister — von Kuebel  
Finanzminister — Hugenberg  
Luftfahrt-Minister (neu gebildetes Ressort) — Goering.

Man soll bereits für dieses Kabinett die Unterstützung der erneuerten „Harzburger Front“, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen zusammen mit dem Stahlhelm erlangt haben. Zwischen Hitler und Hugenberg hatten Dr. Schacht und der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha vermittelt. Nach Informationen der „Germania“, die aus sicherer Quelle stammen, hat zur Zusammenstellung der Kabinetts-Liste und zu der Wiederherstellung der Harzburger Front in hohem Maße General von Schleicher beigetragen.

Eine Gruppe prominenter Persönlichkeiten aus wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Kreisen hat gestern einen Aufruf erlassen, in welchem zur Bildung einer geschlossenen Wiederaufbau-Front und zur Einstellung der politischen Kämpfe aufgerufen wird. Der Aufruf ist unterzeichnet: vom Verbandsvorsitzenden der Automobil-Industrie, Frowein, vom Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, Voegler, Silberberg u. a. m.

Die Lage noch immer ungeläutert!

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die politische Lage war am Mittwoch vormittag immer noch völlig unklar, da sämtliche Verhandlungen nach wie vor geheim geführt werden und nirgends irgend welche amtlichen Äußerungen, weder von dem Bureau des Reichspräsidenten, noch von den zuständigen Parteistellen ausgehen werden. Die Presse ergeht sich daher in Kombinationen. Durch diese Kombinationen werden allerdings eine gewisse Unruhe und Nervosität hervorgerufen, die die Verhandlungen stören.

In unterrichteten Kreisen ist man der Auffassung, daß die Verhandlungen zwischen Hitler und dem Reichspräsidenten noch immer als aussichtsreich anzusehen sind. Es ist noch nicht abzusehen, wann die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen. Sie können unter Umständen noch tagelang dauern. Man nimmt an, daß auch die heutige Antwort Hitlers noch keine Entscheidung bringen wird.

Warmbold will zurücktreten.

Berlin, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Dem Vernehmen nach will der gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold seinen Posten verlassen und einen Lehrstuhl an der Universität Halle annehmen.

„Deutsche Sozialistische Partei.“

Eine Reihe von oppositionellen Gruppen, die in den letzten Monaten in verschiedenen Teilen des Reiches aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten sind, hat sich

am Sonntag in Hannover zu einer „Deutschen Sozialistischen Partei“ zusammengeschlossen. Die Leitung liegt in den Händen eines Ausschusses, der sich aus den ehemaligen Nationalsozialisten Klute (Berlin), Böhmer (Berlin), Fischer (Pflaun) und Arno Franke (Dresden) zusammensetzt. Das Programm der neuen Gruppe ähnelt in vielen Punkten dem der Hitler-Partei, es betont aber etwas stärker „sozialistische“ Forderungen. Die Gruppe der sogenannten „revolutionären Nationalsozialisten um Otto Strasser legt Gewicht auf die Feststellung, daß sie an dem Zusammenschluß der Deutschen Sozialistischen Partei unbeteiligt sei.

Abbruch der russisch-rumänischen Verhandlungen.

Bukarest, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die rumänisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes haben mit einem vollkommenen Fiasko ihren Abschluß gefunden. In der heutigen Sitzung des rumänischen Parlamentes soll Minister Titulescu der Kammer die Gründe des endgültigen Abbruchs der Verhandlungen mit den Sowjets mitteilen.

Neurath und Simon.

Genf, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) In Genf fand im Laufe des Dienstag eine erneute Unterredung zwischen dem deutschen Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath und dem englischen Außenminister Sir John Simon statt, der die Vermittlung in der Frage der deutschen Gleichberechtigung übernommen hat. Obwohl praktische Ergebnisse noch nicht erzielt sind, ist der Weg für weitere Verhandlungen offen. Herr von Neurath hat in dieser Unterredung klar und eindeutig die deutsche Gleichberechtigungs-Forderung gestellt. Der Wiederzusammentritt des Hauptauschusses der Abrüstungs-Konferenz ist noch nicht abzusehen.

Paris, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Herrriots Reise nach Genf, die ursprünglich auf Mittwoch festgesetzt worden war, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Minister Beck konferiert in Genf.

Genf, 23. November. (P.M.) Der polnische Außenminister Beck hatte gestern nachmittags eine einstündige Unterredung mit dem englischen Außenminister Sir John Simon, worauf er den Hohen Völkerbundkommissar in Danzig, Rosting, empfing.

Am Sonntag konferierte Minister Beck mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond. Die Unterredung galt der Einführung der polnischen Währung auf den Eisenbahnen der Freien Stadt Danzig. In politischen Völkerbundkreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Frage „zu winzig“ sei, als daß sich mit ihr der Völkerbund beschäftigen sollte.

(Der letzte Satz der (P.M.) ist geradezu köstlich! Wenn diese Frage „zu winzig“ ist, wie ist sie dann imstande, den ganzen Freistaat zu empören? Wenn sie „zu winzig“ ist, kann man sie doch auf polnischer Seite beim ersten Protest fallen lassen. Wenn sie „zu winzig“ ist, sollte man statt der 42 Wechselfestungen 42 Stuben für Arbeitslose bauen. Wenn sie „zu winzig“ ist, würde sich weder der Herr Außenminister, noch der Generalsekretär des Völkerbundes in einer besonderen Vorkonferenz mit ihr befassen! — Winzig scheinen vielmehr die „politischen Völkerbundkreise“ zu sein, die eine solche Frage für „zu winzig“ halten. Diese „winzigen“ Genfer Kreise scheinen sich auf den Korrespondenten der „Pat“ und seine nächsten Gesinnungsfreunde zu beschränken, bei denen der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein pflegt.

Bleibt Rosting?

Auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Session des Völkerbundesrates befindet sich, wie wir seinerzeit berichteten, auch die Frage der endgültigen Ernennung des Hohen Völkerbundkommissars in Danzig. Noch vor dem Zusammentritt der Session tauchte das Projekt auf, das Mandat des vorläufigen Völkerbundkommissars Rosting bis Anfang Januar 1933, d. h. bis zu dem Augenblick des Zusammentritts der Januar-Session des Völkerbundes zu verlängern.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kandidatur für den Posten des Hohen Völkerbundkommissars schon im September großen Schwierigkeiten begegnete, ist es, wie die polnische Presse meldet, wahrscheinlich, daß das Mandat Herrn Rostings bis zur Januar-Tagung verlängert werden wird. Alle englischen Persönlichkeiten, die man für die Nachfolge des Grafen Gravinia ausersehen hatte, sollen abgelehnt haben.



## „Reparation der begangenen Fehler!“

Die Europa-Tagung der Akademie von Italien in Rom brachte am Sonnabend vormittag einen Vorstoß der Franzosen, die drei Redner ins Gefecht schickten, um so einen Ausgleich gegenüber dem unfehlbaren geistigen Übergewicht der deutschen Vertretung auf dieser Tagung zu schaffen. Dessen stärker wirkte das letzte Referat des Vormittags von Reichsbankpräsident a. D. Dr. Hjalmar Schacht, der über die Desorganisation des internationalen Zahlungsverkehrs durch die Kriegs- und Friedenspolitik sprach. Da man keine größere Ausfuhr der Schuldnerländer aufnehmen wolle, so bleibe theoretisch die Streichung aller Schulden die beste Lösung.

Dann knüpfte Schacht sehr geschickt an die vorausgegangenen Ausführungen des Franzosen Hanotaux an, der mit großem Nachdruck die Unverletzlichkeit des Privateigentums als „fundamentale Basis jeder Zivilisation“ bezeichnet hatte. Unter Hinweis auf die Zerstörung dieser Basis durch die Friedensverträge, die das Privateigentum der Gegner fortnahmen (selbst im ehem. preussischen Teilgebiet Polens, wo es keine Kriegsgegner Deutschlands gab), — erklärte Schacht, man könne nicht die „Basis der Zivilisation“ das eine Mal verlangen und das andere Mal außer acht lassen.

Dann fuhr Schacht fort, er wünsche mit Hanotaux die Achtung der privaten Schulden. Dann sei aber die Voraussetzung die Reparation der begangenen Fehler. Sie solche „Reparation“ sei am ehesten geeignet, das verlorene Ansehen Europas bei der übrigen Welt wiederherzustellen, da man beispielsweise einem Chinesen nicht begreiflich machen könne, daß man deutsches Eigentum sogar in Europa wegnehmen dürfe, aber angelsächsisches nicht einmal in Asien.

## Prinz August Wilhelm in Rom.

Prinz August Wilhelm, der nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter von Preußen ist, hat dieser Tage als Führer einer Abordnung von Braunhemden am Denkmal für die gefallenen Faschisten in der Botivokapelle des Palazzo Vittorale, dem Sitz der faschistischen Partei, im Namen des Reichstagspräsidenten Goering und der nationalsozialistischen Partei einen Kranz niedergelegt. Nach der Feier hielt Prinz August Wilhelm eine Euldenrede. Er betonte, die Kranzniederlegung sei ein Ausdruck der Bewunderung der deutschen nationalsozialistischen Bewegung für den italienischen Faschismus.

## Das versteckte Geld.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Das Warschauer rechts-nationale „ABC“-Blatt hat ein interessantes Thema angeknüpft. In einem Artikel, der sich mit der inneren Lage Italiens beschäftigt, wies das Blatt auf den großen Erfolg hin, den die innere Anleihe in Italien gehabt hat und wertete diesen Erfolg mit Recht als Ausdruck des großen Vertrauens des Landes zu Mussolini. Im Anschluß daran bemerkte das Blatt weiter, daß, wenn die Regierung in Polen sich eines ähnlichen Vertrauens bei ihrer Bevölkerung erfreuen würde, der Appell an dieses Vertrauen in Gestalt einer Inlandsanleihe 350 Millionen Zloty bringen könnte, eine Summe, die reichlich das Defizit des Staatshaushalts decken würde. Darob entspann sich eine Polemik mit dem Wilnaer „Stowo“, welches an das Warschauer Blatt die Aufforderung richtete, anzugeben, wo sie denn in Polen das viele angehäufte Geld vorfinde. Das „ABC“-Blatt leistet dieser Aufforderung Folge und antwortet prompt:

„Gerne dienen wir mit Daten, welche über jeden Zweifel hinaus beweisen, daß der Aufspeicherungsprozess in Polen in großem Maßstabe stattfindet. Am meisten sind in dieser Hinsicht die Zahlen des Goldimports charakteristisch.“

In der Periode vom Januar bis September 1. J. hat Polen Goldmünzen im Werte von 129 335 000 Zloty eingeführt. Die Ausfuhr von Goldmünzen betrug in dieser Zeit 15 000 Zloty, von nicht bearbeitetem Gold — 219 578 000 Zloty. Da aber der Goldvorrat in der Schatzkammer der Bank Polki sich um 208 000 000 Zloty vermindert hat, wovon 92 Millionen Zloty zur Aufbewahrung ausgeführt wurden, so ergibt sich daraus klar, daß mindestens 115 Millionen Zloty in der Periode vom Januar bis September aufgespeichert wurden.

„Und doch wanderte nicht bloß Gold in die Strümpfe und Safes, sondern auch fremde Valuten. Polen ist ein Land, das zwei Valuten hat. In letzter Zeit lautete ein großer Prozentsatz von Transaktionen nicht nur auf Dollar, sondern wurde auch in Dollar-Banknoten getätigt. Nach Berechnungen des ökonomischen Bureaus der Bank Polki betrug der Umlauf von Dollar-Banknoten in Polen im Januar 1. J. 50 Millionen Dollar. Stellt man die erfahrbaren Ziffern des Goldes und in Dollar (ohne die in den ausländischen Banken deponierten polnischen Kapitalien zu erwähnen) zusammen, so ergibt auch die vorläufigste Rechnung, daß die Summe der in Polen aufgespeicherten Geldmittel nicht weniger beträgt als 500 Millionen Zloty.“

Dem Einwurf, es grenze an ein Wunder, daß die Steuerbehörden dieses Geld nicht aufgespürt hätten, begegnet das Warschauer Blatt mit der Bemerkung: „Die in den Strümpfen und Safes verborgenen Geldmittel kann man nur mit Hilfe von zwei Methoden herausholen: mittels der Methode Penins und Trozkis, d. h. durch Konfiskationen und Todesstrafen, oder durch die Methode von Poincaré oder Mussolini, d. h. durch Erweckung des Vertrauens. Ein Drittes gibt es nicht, sogar, wenn der Rundschatzmeister der Steuerbehörden am besten funktioniert.“

## Der kommunale Meitegeier

in Polen.

Vor kurzem schrieben wir über die Finanzkatastrophe der Stadt Warschau und den Hungerstreik der dortigen städtischen Beamten. Wie jetzt die Lodzer „Volkszeitung“ meldet, steht Warschau nicht allein; es gibt eine ganze Reihe polnischer Städte, die seit Monaten mit den Gehältern und Löhnen im Rückstand sind. Denn es gehen kaum noch Steuern ein. Die Steuerzahler sind meist ausgeblutet.

Zu diesen Städten gehören ferner: Wloclawek, Tarnow, Zawiercie, Wloclawek, Lomza, Rawa Mazowiecka, Surowa,

Bilgoraj, Mieszwiez, Chelm, Międzyrzec, Sida und Radzyn (Kublin zahlt nur ratenweise).

Städte, die seit 2—2 1/2 Monaten mit den Gehältern usw. im Rückstand sind, sind Mlawka und Kaluszyn.

Seit 3 Monaten (!) sind im Rückstand: Pinst, Sucl, Dorkow und Zgierz.

Seit 4 Monaten sind im Rückstand: Klece, Baranowice, Suwalki, Slonim und Poddrozdzie.

Den Vogel hat aber die Stadt Komogrodok abgeschossen, denn Komogrodok hat seit 5 Monaten (!) keine Gehälter und Löhne gezahlt.

Und welche Städte haben regelmäßig gezahlt?

Es sind nur wenige Städte in Polen, die noch in der Lage sind, regelmäßig die Gehälter und Löhne zu zahlen; nämlich: Bromberg, Posen, Lodz, Sosnowiec, Krakau, Lemberg, Wilna und Stanislaw.

## Weitere Vertagung der Parlamentsession?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

In politischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Möglichkeit einer weiteren Vertagung der Parlamentsession für die Dauer von 30 Tagen besteht. Die Regierung soll diesbezügliche Pläne erwägen. Eine solche Vertagung kann aber nur auf Verlangen des Sejm erfolgen. Ein entsprechender Antrag müßte also auf höheren Befehl vom SB-Klub gestellt werden. Die angelegte Absicht der leitenden Staatsfaktoren sei — so heißt es weiter — dem Wunsche entsprungen, die Aussprache über heikle Themen, welche die Opposition unabweisbar ansprechen werde, zu vermeiden.

Ob dieses Gerücht, das nicht ganz wahrscheinlich klingt, ein Echo von Gesprächen unter den in die Regierungspläne Eingeweihten, oder nur ein Ausdruck von Stimmen ist, die in den polnischen Oppositionsparteien herrschen, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist festzustellen, daß besonders die nationaldemokratischen Presse in diesen Tagen wiederholt angedeutet hatte, die Regierung werde vielleicht bestrebt sein, dem Redesturm auszuweichen, den die nationale Opposition gegen sie vorbereite. Derartige Andeutungen haben den propagandistischen Zweck, den gutgläubigen Lesern der nationaldemokratischen Presse eine hohe Meinung von dem „Schreck“ beizubringen, den die endliche Kritik dem Regierungslager einzuführen imstande sei.

## Zwei Eisenbahn-Konferenzen.

Warschau, 23. November. (P.A.Z.) Gestern hat in München eine deutsch-polnische Eisenbahn-Konferenz begonnen, in der man sich mit dem Fahrplan der Züge beschäftigt, die den Grenzverkehr unterhalten. An dieser Konferenz nehmen teil: Vertreter der polnischen Eisenbahndirektionen aus Danzig, Posen, Kattowitz, Warschau und Wilna, von deutscher Seite Delegierte der an der Grenze liegenden Direktionen. Insbesondere der Fahrplan der Züge festgesetzt werden, die die 17 Grenzübergänge passieren und den sogenannten Nachbarverkehr vermitteln.

Wie die Presse weiter meldet, begann in Warschau eine polnisch-sowjetische Eisenbahnkonferenz zur Aufstellung des Fahrplans der im Nachbar-Grenzverkehr zwischen Polen und den Sowjets verkehrenden Zügen. Die in der Konferenz zu beschließenden Änderungen werden im neuen Fahrplan mit dem 15. Mai 1933 in Kraft treten.

## Das Schicksal der russischen Emigration.

In der Zeitschrift „Ost-Europa“ findet sich folgende Feststellung von Otto Hoehsch über die Geschichte der russischen Emigration:

Im Oktober war in Paris ein Kongreß von russischen Emigranten versammelt. Die Sowjetpresse polemisierte dagegen. Aber wichtiger als das war, daß man auf diesem Kongreß die Frage der Gefahr der Internationalisierung der im Ausland aufwachsenden russischen Emigranten-Generation behandeln mußte. Es ist nicht zu bestreiten, daß die russische Emigration nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich dem Absterben entgegengeht. Die Alten sterben, Zugang aus Rußland kommt nicht, eine Verbindung mit der alten Heimat, in dem Maße, wie es für die polnische Emigration der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts so charakteristisch war, existiert so gut wie nicht. Die Jüngeren wachsen in das neue Land, in dem sie leben oder gar geboren sind, herein. Die Kinder der Emigranten lernen schon kaum mehr die Sprache der Heimat und sind ihrem Vaterlande völlig fremd. (So wurde wenigstens auf dem Kongreß festgestellt.)

## Indien-Konferenz

hinter verschlossenen Türen.

Die dritte Round Table Konferenz wurde in London ohne jegliche Feierlichkeit, dafür in einer um so größeren Absonderung eröffnet. Die Englische Regierung hat allen Anlaß, diese Konferenz in aller Stille tagen zu lassen. Es ist eine Indien-Beratung ohne Indien. Die einzige indische Partei großen Stiles, die Gandhi-Partei, ist daran nicht beteiligt. Die Konferenz hat nur einige Nebenfragen zu erledigen, dann wird der große indische Reformplan die Form eines Gesekentwurfes erhalten, der an das britische Parlament gehen wird. Die Indien-Reform will von einer Selbstverwaltung Indiens nichts wissen. Ein gewisses Maß an Selbstverwaltung unter Kontrolle Englands wird dem großen Lande, das föderativ aufgebaut werden soll, doch gewährt. Die Gandhi-Bewegung lehnt die Indien-Reform ab und mit ihr ganz Indien.

In diesen Tagen fand in Birma eine Abstimmung über die Separation dieser Provinz statt. Die frühere Round Table Konferenz hat nämlich die Ausscheidung Birmas aus dem Bestand der zukünftigen indischen Föderation beschlossen. Die Birmaner befürchten aber, daß sie dadurch den Engländern ganz ausgeliefert sein werden. Die Abstimmung ergab dementsprechend eine antiseparatistische Mehrheit. England hat in Birma somit eine empfindliche Niederlage erlitten, die erneut beweist, wie wenig Anlaß die Indien-Reform in der Bevölkerung findet. Skeptiker glauben, daß die gesamte neue Verfassung Indiens ein Schlag ins Wasser sein wird, und daß der große Reformplan an dem Widerstand des Landes scheitern müßte.



## Vor Gandhis Freilassung?

London, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bombayer Berichterstatter des „Daily Herald“ berichtet, daß der indische Vizekönig zurzeit die Freilassung Gandhis unter gewissen Bedingungen erwäge. Mehrere Berater des Vizekönigs setzen sich für eine bedingungslose Freilassung ein mit der Begründung, daß Gandhi jederzeit wieder verhaftet werden könne, wenn er die Ungehorsams-Bewegung fördere.

## Republik Polen.

Minister Pieracki soll Wojewode werden.

Der „Robotnik“ notiert das Gerücht, daß Minister Pieracki bald seine Stellung aufgeben und die Leitung einer Wojewodschaft übernehmen solle.

Bischof Hodur kommt wieder nach Polen.

Der bekannte Führer der polnischen Nationalkirche in Amerika, nach dem die Glieder der polnischen Nationalkirche auch in der Republik Polen sich den Namen „Hodurowey“ gefallen lassen müssen, soll Anfang Dezember in Polen eintreffen. Er wird hier erwartet, um eine Synode der polnisch-katholischen Nationalkirche in Warschau zu eröffnen und zu leiten. Bei seinem letzten Aufenthalt in Polen hat es an Beschimpfungen gegen ihn nicht gefehlt; in Warschau wurde er sogar verprügelt. Auch seit devollmächtigter Vertreter, Pfarrer Padewski, der schon seit einiger Zeit in Polen weilt, hat sich trotz seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft manche Schwierigkeiten gefallen lassen müssen.

Die polnische Nationalkirche ist bekanntlich in letzter Zeit in zwei Richtungen gespalten; doch umfaßt die Anhängerschaft von Bischof Hodur bei weitem die größere Zahl von Gemeinden und Pfarrern. Die andere Richtung folgt dem Bischof Faron und nennt sich „Apostolische Kirche“. Der Versuch dieser Richtung, sich an die orthodoxe Kirche anzuschließen, um dadurch die Legalität zu erreichen, ist nach den neuesten Mitteilungen der polnischen Presse als gescheitert anzusehen. pz.

## Aus anderen Ländern.

Der neue evangelische Bischof Rumäniens.

Wie der „D. A. Z.“ aus Hermannstadt gemeldet wird, wurde dort am Montag der Kronstädter Stadtpfarrer D. Dr. Viktor Glondys zum Bischof der evangelischen Landeskirche gewählt an Stelle von D. Dr. Teutsch, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter auf das Amt verzichtet hat.

D. Dr. Viktor Glondys war ursprünglich Pfarrer der evangelischen Gemeinde von Czernowiz. Daneben hatte er sich in der Philosophischen Fakultät der Universität zuhalten. Da es wegen des dichten Dschungels unmöglich wurde und die Bukowiner evangelischen Gemeinden sich mit den evangelischen Bekarabiern und Banater Schwaben der sächsischen Landeskirche in Siebenbürgen anschließen, ging Glondys als Stadtpfarrer in das siebenbürgische Kronstadt. Dort hat er eine anerkannt segensreiche Tätigkeit entfaltet. Der neue Bischof ist durch Vorträge, die er an österreichischen und reichsdeutschen Universitäten hielt, sowie durch theologische und philosophische Schriften auch außerhalb des engeren Kreises des Südostdeutschums bekannt. Er gilt als hinreißender Kanzelredner.

Columbien rüstet gegen Peru.

Die Columbianische Regierung trifft nunmehr ernsthafte Kriegsvorbereitungen gegen Peru, nachdem es bisher nicht gelungen ist, die im Sommer von den Peruanern besetzte columbianische Grenzstadt Leticia auf gutlichem Wege wieder zurückzuerhalten. Da es weegen des dichten Dschungels unmöglich ist, die columbianischen Truppen auf dem Landwege vorzuschieben, hat Columbia jetzt einen amerikanischen Frachtdampfer gekauft und in einen Truppentransportdampfer umgewandelt, der das columbianische Militär auf dem Flußwege nach Leticia bringen soll. Das Schiff ist mit drei Kanonen ausgerüstet und kann 500 Soldaten befördern.

Zwei Generalkonsuln vergiftet.

In einem Hotelzimmer in San Francisco wurde der Generalkonsul der Republik Honduras, José Membrero, tot und der Generalkonsul der Republik Panama, Adolphe Aleman, sterbend aufgefunden. Beide haben wahrscheinlich vergifteten Schmuggler-Wisky getrunken. Generalkonsul Aleman wurde sofort in ein Krankenhaus gebracht. Es ist sehr fraglich, ob es gelingen wird, ihn am Leben zu erhalten. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet worden.

Mexiko tritt eine Insel ab.

„United Press“ meldet aus Mexiko City: Ein Verfassungs-Zusatz, durch den die Clipperton-Insel aus dem mexikanischen Staatsverband entfernt werden soll, ist von Staatssekretär Tellez im Senat eingebracht worden. Die Clipperton-Insel, ein winziges, weit draußen im Stillen Ozean liegendes Eiland, gab seinerzeit zu Differenzen mit Frankreich Anlaß und war durch den König von Italien als Schiedsrichter den Franzosen zugesprochen worden. Staatssekretär Tellez erklärt in seiner Botschaft an den Senat, Mexiko sei zwar nicht der Ansicht, daß genügende Gründe für einen solchen Schritt vorlägen, wäre jedoch moralisch verpflichtet, den Urteilspruch anzunehmen, der „in der mexikanischen Öffentlichkeit mit Überraschung aufgenommen worden sei“.

Die Zeitung „El Grafico“ veröffentlicht eine offizielle Erklärung des Senatspräsidenten Ramirez, wonach der auswärtige Ausschuß des Senats bei der Diskussion über diesen Verfassungs-Zusatz in aller Form erklären werde, daß er die Monroe-Doktrin nicht anerkenne.



# Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 23. November.

## Veränderlich.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet veränderliches Wetter mit verbreiteten Regenschauern an.

## Krieger-Gedächtnistafeln in der Jesuitenkirche.

In der St. Josefskapelle der Jesuitenkirche befinden sich die Gedächtnistafeln der Gefallenen dieser Kirche. Die Tafeln, die im Jahre 1920 dort enthüllt wurden, weisen die Namen von etwa 300 gefallenen Kriegeren auf. Sie waren bereit für Geseß und Vaterland zu sterben, steht in einer Vogenschrift über dieser Liste der Opfer, die der Tod gefordert hat. Und: „Milder Jesu, Heiland Du, gib den Seelen die ew'ge Ruh'! 1914—1918. — Als wir in Nr. 268 über die Enthüllung der Krieger-Gedächtnistafeln in der Paulskirche berichteten und auf die vielen katholischen Krieger verwiesen, deren Namen an keiner Kirchenwand zu lesen sind, hatten wir die Gedächtnistafeln in der Jesuitenkirche keineswegs vergessen. Wir dachten an die vielen deutschen und polnischen Krieger, die ihre Pflichterfüllung mit dem Tode bezahlten und die in Gemeinden beheimatet waren, die heute polnisch verwaltet werden. Wir glauben nicht zu irren in der Annahme, daß die Jesuitenkirche wohl die einzige katholische Kirche unseres Teilgebietes ist, die die Namen ihrer Weltkriegsgefallenen auf die oben geschilderte Art ehren konnte.

## Erpressungen auf dem Wochenmarkt.

Es geht uns allen heute verdammt schlecht. Was uns aber nicht hindern darf, als Tatsache anzuerkennen, daß von allen Berufsständen, die heute noch Arbeit haben, die Landwirtschaft mit am schlechtesten bezahlt wird. Das Lieb von der Not der Landwirtschaft ist schon in soviel Tonarten gefungen worden, das Thema in soviel Variationen abgewandelt worden, daß der Städter sich die Ohren zuhielt, wenn man davon zu sprechen begann. Er verwies darauf, daß die Notlage des Bauernstandes ja nur einen Teil aus dem großen Trauermarsch unserer Zeit darstelle. Aber der Städter, der allgemein geneigt ist, die Klagen der Landwirtschaft als übertrieben zu halten — die Bauern klagen immer, pflegt er zu sagen — vergißt, daß es einem großen Teil von uns allen besser ginge, wenn es der Landwirt besser hätte. Hat der Bauer Geld, hat es die Welt. Er könnte in solchem Falle bauen, Reparaturen ausführen lassen (Arbeit für Handwerker), er könnte Maschinen kaufen (Arbeit für Industrie und Arbeiterchaft), er könnte kaufen (Ehebung des Umsatzes für den Kaufmann) usw. Das Ungeheuer der Krise hat das feine Nadelwerk unseres Wirtschaftslebens gestört. Es ist heute schwer zu sagen, was Ursache und was Auswirkung der ersten Hemmung war. Aber fest steht, daß eine der stärksten Triebfedern unseres Wirtschaftslebens erschüttert war, als die Landwirtschaft getroffen wurde.

Der Städter kann sich persönlich am besten davon überzeugen, was man heute für landwirtschaftliche Produkte zahlt. Ein Gang über den Wochenmarkt oder ein Blick in die Wochenmarktberichte der Presse muß ihn belehren, daß jetzt die Klagen der Bauern tatsächlich nicht übertrieben sind. Wir wissen alle, welche Preise für Roggen und Weizen gezahlt werden. Wir wissen, daß Kartoffeln nicht teuer sind — Gott sei dank, sagt man, der vielen Arbeitslosen gedenkend. Wir wissen, welche lächerliche Preise den Bauern für Vieh geboten werden. Und wenn man sieht, was Gemüse, Obst oder Geflügel heute bringen, fragt man sich, was einen Menschen veranlassen kann, all das zu züchten und zu züchten, wenn er dafür Preise erhält, die weder seine Arbeit noch seine Ausgaben decken können. Wenn man aber in diesen Tagen einen Gang über den Wochenmarkt macht, kann man noch etwas anderes feststellen, was noch mehr erschüttert, als die niedrigen Preise. Und das ist die Tatsache, daß auch jetzt noch in ganz unzulässiger Weise gehandelt wird, in einer Manier, die alles Erlaubte übersteigt. Merkwürdigerweise sind es nicht die ärmeren Schichten, die beim Einkauf übertrieben feilschen. Angesichts dieser Armen, deren Gehälter herabgesetzt wurden, angesichts der Tausende von Arbeitslosen könnte man die Preise nicht niedrig genug wünschen. Aber was eine ungeheure Empörung unter der Landbevölkerung auslösen muß, was auch jedem gerecht denkenden städtischen Bürger die Schamröte ins Gesicht treibt, ist die Tatsache, daß gerade die Frauen jener Schichten, denen es heute noch immer verhältnismäßig gut geht, daß gerade diese Frauen in schamlosester Weise die Preise zu drücken versuchen. In geradezu brutaler Art werden armen Landfrauen die Preise vorgeschrieben. Man nimmt eine Gans vom Stand, legt sie in den Korb und erklärt, man zahle so und so viel, keinen Groschen mehr. Ob die Verkäuferin damit einverstanden ist, einverstanden sein kann, danach wird gar nicht gefragt. Man legt das Geld, das nicht einmal die Futterkosten deckt, einfach hin und verschwindet. Die Käuferin weiß sehr genau, daß in diesen ekelhaften Zeiten die Landfrau zufrieden ist, wenn sie etwas Bargeld erhält. Die Käuferin nutzt die Notlage der Bäuerin aus. Es ist schlimmste Erpressung, die hier an armen Landfrauen ausgeübt wird, und es ist an der Zeit, daß gegen solche Sittenlosigkeit energisch eingeschritten wird.

Mit Tränen in den Augen betteln die Verkäuferinnen oft um die Erhöhung des Preises um wenige Groschen. In den meisten Fällen umsonst. Und man muß sich für seine Mitbürgerinnen schämen, wenn man einer solchen Szene belgesehen hat.

Leider, leider aber stehen diese Fälle nicht vereinzelt da. Das Verhalten scheint sich einbürgern zu wollen. Empfindet denn keine dieser Käuferinnen, daß ihr Verhalten beschämend unchristlich und bar jeden weiblichen Gefühls ist, daß sie aus der Not ihrer Mitbewerberinnen Vorteile zieht, deren sie in den seltensten Fällen bedarf?

Im Mittelalter hat man in den Städten unseres Landes die Dienstmädchen an den Pranger gestellt, die sich nicht standesgemäß kleideten, sondern großen Pomp an den Tag legten, der ihnen nicht zukam. Heute sollte man jene Frauen an den Pranger stellen, die nicht zeit- und standesgemäß auf Wochenmärkten auftreten und in einer Weise Preise erpressen, die ihrer selbst und unser aller unwürdig ist.

## Der Regierungsklub zur Verlegung der Wojewodschaft.

Kürzlich fand, einer Meldung des „Dzienn Bydgoski“ zufolge, eine Versammlung der pommerellischen Zweigstelle des Regierungsklubs statt, in der u. a. einstimmig folgende Entschlieung gefaßt wurde, in der die Verlegung der Wojewodschaft Pommerellens nach Bromberg gefordert wird:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Bromberg 120 000 Einwohner zählt, das Zentrum und der Knotenpunkt des Eisenbahn-, Wasser- und Wagen-Verkehrs, Sitz einer Reihe von wirtschaftlichen Organisationen und untrügend das Zentrum des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens für Pommerellen ist, finden es die Versammelten als durchaus billig, daß bei der geplanten Erweiterung der Wojewodschaft die Stadt Bromberg den Sitz der pommerellischen Wojewodschaft bilden müßte.“

## § Bevorstehende Änderung der Schulferien. Im Kultus-

Ministerium bereitet man zurzeit eine Verfügung vor, durch die das Schuljahr und die Ferien geändert werden sollen. Das Schuljahr soll vom 20. August bis zum 19. August des nächsten Kalenderjahres dauern. Es wird in zwei Schulhalbjahre geteilt werden. Das erste Halbjahr wird vom 20. August bis zum 22. Dezember einschließlich dauern, das zweite vom 16. Januar bis zum 15. Juni. Die Winterferien währen demnach vom 23. Dezember bis 15. Januar, die Sommer-Ferien vom 16. Juni bis 19. August.

## Worte zur Winterhilfe.

„Der Winter steht vor der Tür und deutsche Volksgenossen leiden Not!“

Das muß jedem genügen, um es als völkische Pflicht zu betrachten, trotz aller eigenen Nöte und Sorgen verständig und opferbereit durch Spenden oder Arbeitsbeschaffung mitzuhelfen.

Daher trage Jeder an seinem Teil und nach seinen Kräften dazu bei, der Winterhilfe ihre segensreiche Arbeit zu erleichtern und zu fördern.

Dr. Bätgens,  
Deutscher Generalkonsul.

§ Die Handwerker-Frauenvereinigung hielt am Montag eine Mitglieder-Zusammenkunft im Deutschen Hause ab, die zahlreich besucht war. Nach einer Begrüßungsansprache erntete Fräulein Penner, die, von Fräulein Wisniewski bewandert, begleitet, zwei Vieder, die ihren Eindruck auf die Versammelten nicht verhehlten. Sodann wurden die von den Mitgliedern sehr zahlreich gestifteten Gegenstände für das Kinderheim übergeben, die die Schwestern mit Dankesworten entgegennahmen. Bei dem Glanze der Kerzen auf den Advents-Bäumchen wurden gemeinsam einige zeitentsprechende Vieder gesungen. Starke Beifall erntete Fräulein Penner, die von Fräulein Wisniewski begleitet, einen Tanz aufführte. Zwei heitere Vieder beschlossen das Programm. Mit herzlichem Weihnachtswünschen wurde die Versammlung von der Vorsitzenden geschlossen.

§ Wegen schweren Einbruchsdiebstahls hatten sich der 50jährige Sattler Alexander Lambertski und der 33jährige Hermann Schmidt von hier vor dem hiesigen Bezirksgericht zu verantworten. Schmidt ist bereits 20 mal vorbestraft mit einer Gesamtstrafe von 9 Jahren Gefängnis, Schmidt ist 5 mal vorbestraft. Die Anklageschrift wirft ihnen vor, in der Nacht zum 24. Juli d. J. bei dem Kaufmann Franz Adler in der Bollmannstraße (ul. Krakowska) einen Einbruchsdiebstahl verübt zu haben, wobei den Dieben Schmuckwaren im Betrage von 5000 Zloty in die Hände fielen. Sie haben seinerzeit ausführlich über den Diebstahl berichtet. Die Diebe drangen nachts durch ein Fenster des Badezimmeres in die Wohnung ein und stahlen einen Brillantring, einen Ring mit Rubin, eine japanische Perlenkette, eine Platinette, eine goldene Uhr und eine Brieftasche mit 100 Zloty. Das Dienstmädchen Paula Tolsdorf soll den Dieben, nachdem Lambertski sie dazu überredet hatte, bei dem Diebstahl beistehend gewesen sein. Die Anklage gegen sie wurde auf Grund der Amnestie niedergeschlagen, so daß sie jetzt als Zeugin ansagt. Die Zeugin, welche die genaue Zeit, in der der Diebstahl ausgeführt werden sollte, wußte, ging aus Neugier nach dem Hause ihrer Dienstherrschaft, das ungefähr 60 Meter von ihrer eigenen Wohnung entfernt liegt, und beobachtete, wie L. über den Zaun kletterte und später, bei seiner Rückkehr, in der Nähe unter dem Arm etwas davonzug. Was sich darin befand, konnte sie nicht angeben. Dann bemerkte sie auch eine zweite Person, die „Schmieri“ stand, die sie aber in der Dunkelheit nicht erkannte. Ein Zeuge, der ehem. Offizier Dylli, der gegenüber von Adler wohnte, hörte Schritte auf der Straße. Er beobachtete mit seiner Frau, wie ein Mann über den Zaun sprang, während der andere Posten stand. Nach getaner Arbeit gingen beide den Weg zur Bräbe und kehrten nach einiger Zeit zurück, wo sie dann in der Promenadenstraße verschwanden. Die Angeklagten leugnen vor Gericht. Sie wollen in der fraglichen Nacht zuhause gewesen sein. Die Frauen der Angeklagten versuchen auch, das Alibi ihrer Männer nachzuweisen, verwickeln sich jedoch in Widersprüche und können mit Bestimmtheit nicht angeben, ob ihre Ehemänner in der betr. Nacht zuhause geschlafen haben. Das Gericht erkennt die Angeklagten für schuldig und verurteilt sie zu je 3 Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

§ Der heutige Wochenmarkt brachte nur wenig Verkehr. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für das Pfund Butter 1,60—1,80, für Eier 2—2,30, Weißkäse 0,25—0,30, Tilfiterkäse 1,70—1,90. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,08, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,30—0,40, Blumenkohl 0,30—0,50, Mohrrüben und Rote Rüben 0,10, Radisheschen 0,15, Zwiebeln 0,15, Spinat 0,25—0,30, Apfel 0,30 bis 0,60. Für Geflügel zahlte man: Enten 2,50—4,00, Gänse 4,80—6,00, Hühner 2—4,00, Puten 6—7,00, Tauben 0,60. Hasen kosteten 4,00. Der Fleischmarkt lieferte: Speck zu 0,80 bis 0,90, Schweinefleisch 0,80—0,90, Rindfleisch 0,60—0,80, Kalbfleisch 0,60—0,70, Hammelfleisch 0,60—0,70. Für Fische notierte man folgende Preise: Aale 1,20—2,00, Hechte 0,80 bis 1,20, Schleie 0,80—1,20, Plöke 0,40, Breiten 0,60—0,80, Barsche 0,80.

## Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

D. G. F. A. u. B. Heute (Mittwoch) um 20 Uhr in der Deutschen Bühne: Gerd Heinrich „Zwei Jahre Urwaldforschung in Celebes“, Eintrittskarten in der Buchh. steht und an der Abendkasse.

## Durchgehende Pferde fordern zwei Todesopfer.

i. Rakel (Raklo), 23. November. Eine schwere Katastrophe, die zwei Menschenleben als Opfer gefordert hat, ereignete sich gestern nachmittag auf dem Wege von Wrotschen nach dem Rittergut Tuzzkowo. Herr Fritz Lampe Tuzzkowo fuhr auf einem Wagen und hatte neben dem Kutscher Platz genommen, während im Wagen selbst keine Schwägerin saß. Plötzlich brannte von hinten ein Auto an dem Fahrzeug vorbei, die Pferde schrien und rissen den Wagen um, der entzwei brach und die Insassen unter sich begrub. Während die Dame mit leichten Verletzungen davorkam, hatten Herr Lampe und der Kutscher so schwere Verletzungen erlitten, daß der nach kurzer Zeit herbeigerufene Arzt nur noch den bereits eingetretenen Tod der beiden Männer feststellen konnte.

## Wie schützt sich der Landwirt gegen Pflanzenkrankheiten und tierische Schädlinge?

3. Posen (Poznań), 21. November. In der heute nachmittag im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter dem Vorsitz des Majors a. D. Lorenz = Kurkwo abgehaltenen, von rund 100 Damen und Herren besuchten gemeinsamen Sitzung des Kreisbauernvereins Posen und des Ackerbau-Ausschusses der Weilage stimmte man einhellig der vom Vorstände des Kreisbauernvereins vorgeschlagenen Namensänderung in „Bezirks- und Kreisbauernverein“ und der dadurch bedingten Satzungsänderung zu. Dann nahm der Leiter der Pflanzenschutz-Abteilung bei der Weilage, Herr Krause = Bromberg, das Wort zu einem einstündigen fesselnden Vortrag über die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und tierischen Schädlinge. Einleitend wies er auf die schweren Schäden hin, die die Landwirtschaft in dem jetzt zu Ende gehenden Jahre erlitten habe, Schäden, die für den Landwirt in seiner ohnehin schon so schweren wirtschaftlichen Notlage kaum noch tragbar sind. Als ersten Schädling wies er an, das Auftreten des Rostes beim Weizen hin, als der in erster Linie der Gelbrost in Frage komme. Als Bekämpfungsmethoden kommen hauptsächlich solche vorbeugender Natur in Frage, wie das Ausstreuen von Kalkstickstoff, die Förderung einer möglichst schnellen Entwicklung der Jungpflanze durch Düngung mit Phosphorsäure und Kali. Auch die Vorfrucht kann sehr bedeutungsvoll werden. Ganz besonders bedeutsam sei die Auswahl richtiger Weizenforten. Eine weitere Krankheit beim Getreide sind die Schwächeparasiten durch Pilze die sog. Halmbrecher, deren Bekämpfung der Vortragende durch Phosphorsäure empfahl. Besonders eingehend besprach der Redner die beim Kartoffelbau zutage getretenen Krankheiten, wie die Pockenkrankheit, als deren Urheber die Blattläuse bezeichnet wurden, und ganz besonders ausführlich den gefährlichen Kartoffelkrebs, der die Regierung zu Bekämpfungsmaßnahmen durch ein besonderes Gesetz veranlaßt habe. Der Redner bestritt eine Milderung des Sperrgesetzes durch Ergergeräten der Sperrbezirke, statt der im Gesetz vorgesehenen 2000 Meter Ausdehnung würde eine solche von 500 Metern genügen. Die Einfuhr von Krebs in die Wirtschaften müsse vermieden, auch der Einschleppung durch die Landarbeiter müsse vorgebeugt werden. Zu den durch das Gesetz gegebenen Bekämpfungsmaßnahmen müsse der Anbau krebsfester Kartoffeln betrieben werden, wobei allerdings die Krebsfestigkeit mancher Kartoffeln stark begünstigt werde. Beim Rübenbau nannte der Redner den Wurzelkraut, gegen den er das Weizen des Saatgutes und Bodenmelioration empfahl; ferner die Rostfleckenkrankheit, deren einwandfreie Bekämpfung sich bisher noch nicht hat ermöglichen lassen; die Rübenfaatwanze, gegen die er die Rübenselder mit Wangenfangstreifen zu versehen empfahl. Zum Schluß besprach der Vortragende noch kurz als Feinde der Landwirte den Rapsglanzkäfer und den Kleckrebs. Zur wirklichen Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten empfahl der Vortragende zum Schluß die Einrichtung von Versuchsringen. Wenn auch die Krankheiten in erster Linie von der Witterung abhängig sind, so müsse doch alles getan werden, um dem Landwirt das zu erhalten, was er mit Schweiß und mit vielen Mühen erworben hat. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft Aussprache und die Vorführung eines Films über den Kartoffelkrebs.

g. Altberge (Kwiecie), 21. November. Gestern vormittag wurden in der hiesigen evang. Kirche die Gedächtnistafeln für die im Weltkrieg Gefallenen unseres Kirchspiels durch Pfarrer Hein aus Fillehne eingeweiht. Unter Glockengeläut wurden die Tafeln um 10 Uhr vom Pfarrhause in die Kirche getragen, wo der unter Leitung des Diakons Gäßke stehende Kirchenchor mit dem vierstimmig gesungenen Liede „Wir treten zum Beten“ die Feier eröffnete. Nach einem zweiten Liede: „Es ist ein Schnitter, der heißt Tod“, hielt Pfarrer Hein eine zu Herzen gehende Ansprache. Während dann die Tafeln enthüllt wurden, wurde stehend das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ von den zahlreich anwesenden Kriegsteilnehmern gesungen. Nach einem weiteren Liede, das der Kirchenchor vortrug, wurde mit Schlußgebet, gemeinsamem Vaterunser und Segen die erhebende Feier beendet.

v Argenau (Gniemkowo), 22. November. Beim Holzfällen im Walde wurde der Arbeiter Michael Napierała von einem stürzenden Stamm niedergeworfen, wobei ihm das rechte Bein gebrochen wurde. Er mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Pubewitz (Pobiedziska), 22. November. Heute nacht wurde bei dem Schuhmachermeister Frankiewicz hier selbst die große Schaufensterheibe eingeschlagen und sämtliche Schuhe, Stiefel, Gummischuhe, Sohlen usw. gestohlen.

## Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. November 1932.  
Kraau = 2,97, Rawichof = 0,77, Warchau = 0,82, Doci + 0,62, Thorn + 0,53, Tordon + 0,60, Culm + 0,50, Graudenz + 0,72, Kurzebrat + 0,98, Bielef + 0,20, Dirschau + 0,09, Einlaae + 1,98, Schiewenhorst + 2,20.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströde; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyler; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 270.







Pommerellen.

23. November.

Grudenz (Grudziadz).

Einem Eltern-Abend,

den ersten im laufenden Schuljahr, veranstaltete die Goethe-Schule in der Aula der Anstalt. Vom 1. Vorsitzenden des Deutschen Schulvereins, Buchhändler Arnold Kriedte, wurden die zahlreich erschienenen herzlich willkommen geheißen. Direktor Hilgendorf nahm sodann zu eingehenden Ausführungen das Wort, in dem er zunächst die Angelegenheit der Öffentlichkeitsrechte der Schule besprach. Der Redner gab eine genaue Darlegung über die Entziehung der im Vorjahre der Goethe-Schule verliehenen Öffentlichkeitsrechte, die Wirkungen dieser Maßnahme und die Schritte, die von der Anstaltsleitung unternommen worden sind, um die zuständigen Behörden zur Wiederverleihung dieser Rechte geneigt zu machen. An diese Dirlegungen knüpfte Direktor Hilgendorf die Hoffnung, daß die kompetenten Stellen sich bald wieder bereitfinden werden, der Anstalt die entzogenen Öffentlichkeitsrechte wieder zuzusprechen. Ferner behandelte der Redner die Einordnung der Schule in die allgemeine Schulreform. Die Anstaltsleitung ist jetzt daran, die Organisation der Schule im Sinne des im Juni d. J. veröffentlichten Gesetzes über die grundlegende Reform des polnischen Schulwesens umzugestalten. Es soll 1. ein Unterbau: 6 Klassen mit Volksschulprogramm, allerdings etwas gehoben, geschaffen werden. Nach diesen 6 Jahren kann der Schüler, der keine Neigung oder Mittel für eine höhere Lehranstalt hat, 2 weitere Volksschulklassen, Klasse 7 und 8, absolvieren und mit gehobener Volksschulbildung, einer Art Bürgerchulreise, abgehen (14-15 Jahre). 2. Dder aber nach diesen 6 Jahren vermag der Schüler in die Klasse I (früher III) des Mittelbaus, des Gymnasiums, einzutreten. Der Besuch dieses 4klassigen Gymnasiums verschafft das sogen. kleine Abiturium, das im wesentlichen alle Berechtigungen des heutigen Abituriums enthält, allerdings nicht die Berechtigung zum Studium. Das Recht zum Universitätsbesuch wird 3. erst erlangt durch den Besuch des zweiklassigen Lyzeums. Natürlich kann mit der Schaffung der neuen Schulkörper nur schrittweise, von unten herauf vorgegangen werden. Redner legt die hierbei zu berücksichtigenden bedeutenden Schwierigkeiten dar, die u. a. in der notwendigen Gründung einer neuen privaten Volksschule bestehen; denn eine Verbindung von Volksschule und Gymnasium zu einer Anstalt kennt das polnische Schulwesen grundsätzlich nicht mehr. Es bedarf also der besonderen Zustimmung der Schulbehörde dazu, daß diese neue Schule mit dem Gymnasium auch weiterhin eine Einheit bildet, unter einer Leitung steht, ein Gebäude, einen Lehrmittelapparat, einen Lehrkörper hat. Es haben darüber mit zuständigen Stellen Vorbesprechungen stattgefunden, und es steht zu hoffen, daß unseren Wünschen Rechnung getragen wird.

Sodann galden die Ausführungen des Redners dem weiteren Ausbau des Unterrichts und Erziehungsbetriebes. An erster Stelle steht hier der Werkunterricht. Recht günstig sind die Versuche mit der Frauenarbeit, und zwar 1. mit den weiblichen Handarbeiten, 2. mit dem Hauswirtschaftlichen Unterricht (Kochen, Waschen, Plätten). In dem Werkunterricht für Jungen sind noch manche Schwierigkeiten zu überwinden; aber auch hier herrscht fröhliches Leben, namentlich in der Abteilung für Holzarbeit. Auch der Schwimmunterricht hat begonnen und wird noch weiter ausgebaut werden. An der Schule besteht jetzt eine kleine Theatergemeinschaft, die jährlich ein Stück herausbringen soll. Als erstes wird im nächsten Monat „Minna von Barnhelm“ gegeben werden. Das Orchester der Schule kann jetzt als durchaus leistungsfähig bezeichnet werden. Es wurden unentgeltlich Violinstunden erteilt, und es ist die Gründung eines Blasorchesters erfolgt. Zur besonderen Förderung des Polnischen sind für die Mittelklassen Förderurse eingerichtet worden (je 2 Stunden - 2 1/2 Stunden monatlich); weiter ist ein Debattierklub (nach englischem Muster) geschaffen, mit dem Ziele, das freie und ungezwungene Sprechen zu fördern. Der Hauptsache aber, dem regulären, programmäßigen Unterricht, wird über all diesen Nebendingen, die denkbar größte Sorgfalt gewidmet und an seiner Verwirklichung ständig gearbeitet.

Im Anschluß an diese Darlegungen gab der Direktor an Hand einer Tabelle einen Überblick über die Leistungen der Schüler und deren Verbesserungsaussichten und besprach dann noch die Schule als Kulturstätte. Die Anstalt stellt ihr Gebäude, dessen Räume, Anlagen und Geräte, dann auch die an ihr tätigen Lehrkräfte im Interesse der Allgemeinheit gern zur Verfügung. Schulentlassene junge Mädchen erhalten hauswirtschaftlichen Unterricht in einem dazu eingerichteten Kursus. Das Schwimmbassin steht Donnerstags für Frauen, Freitags für Männer (je von 8-10 Uhr abends) zur Verfügung. In Gemeinschaft mit dem Bäderverein will die Schule Kunst und Wissenschaft in die Allgemeinheit tragen. In jedem Monat findet ein musikalischer Abend statt. Populärwissenschaftliche Kurse aus verschiedenen Wissensgebieten werden geboten. Redner schloß seine Rede mit einem Appell, sich trotz aller Mühe und Schwierigkeiten jene Zukunftsgläubigkeit zu bewahren, die, der eigenen Kraft und Leistungsfähigkeit vertrauend, unbeirrbar ihren Weg geht.

Für seine umfassenden, klaren und zielvollen Ausführungen wurde dem Redner starker Beifall zuteil. Es schloß sich hieran eine Debatte, in der vor manchen Eltern auf den Schulbetrieb, das Ausflugswesen usw. bezügliche Wünsche geäußert wurden, denen von Schulleitung bzw. Vorstand möglichst Berücksichtigung zugesagt wurde.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung („Finanzielle Fragen“) wies der Vorsitzende darauf hin, daß zur Deckung eines zum Zwecke des Schulbaues erforderlich gewordenen Betrages, den die P. B. veranstalteten Zeichnungen oder versandten Rundschreiben nicht zu erbringen vermochten, und der nunmehr durch ein langfristiges, billig zu verzinsendes Darlehen realisiert werden solle, recht der Schulvereinsbeitrag einen Aufschlag erfahren müsse. Um den Einzelnen nicht zu sehr zu belasten, werde diese Mehrbelastung nur

ganz gering sein. Aber nicht nur die Vereinsmitglieder, die ganze deutsche Volksgemeinschaft werde es sich gewiß nicht nehmen lassen, hier ebenfalls ihr Scherflein für diesen edlen Zweck beizutragen.

Mit dem Ausdruck des Dankes an die versammelte Elternschaft, daß sie der Sache der Deutschen Schule so reges Interesse und so weitgehendes Verständnis entgegenbrachte, schloß sodann der Vorsitzende den Elternabend.

Während des ganzen Tages war im Zeichenlaale der Anstalt eine kleine Ausstellung von weiblichen Handarbeiten und Küchen-Erzeugnissen sowie Zeichnungen zu besichtigen.

X Grudenz Postverkehr. Im Monat Oktober d. J. wurden auf dem hiesigen Postamt aufgegeben: 591 620 gewöhnliche Briefe, 14 865 eingeschriebene Briefe, 243 Wertbriefe, 2772 gewöhnliche Pakete, 266 Pakete mit Wertangabe, 318 Nachnahmeseudungen, 151 Postaufträge, 6927 gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen über einen Betrag von 630 631 Zloty, 11 332 Postschecks über einen Betrag von 2 567 002 Zloty, 432 050 Zeitungen und Zeitschriften, 1683 Telegramme; es trafen ein: 406 895 gewöhnliche Briefe, 14 839 eingeschriebene Briefe, 223 Wertbriefe, 6120 gewöhnliche Pakete, 266 Pakete mit Wertangabe, 2342 Nachnahmeseudungen, 240 Postaufträge, 8825 gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen über einen Betrag von 514 618 Zloty, 2250 Postschecks über einen Betrag von 262 896 Zloty, 61 290 Zeitungen und Zeitschriften, 2687 Telegramme. An Telefongesprächen gab es 477 489 im Stadtbezirk, 9488 nach auswärtig; nach Grudenz wurde 9553 mal gesprochen.

X Ständesammlische Nachrichten. In der Woche vom 14. bis zum 19. November d. J. gelangten auf dem hiesigen Ständesamt zur Anmeldung: 19 eheliche Geburten (sieben Knaben, 12 Mädchen), sowie 2 uneheliche Geburten (Mädchen); ferner 10 Eheschließungen und 8 Todesfälle, darunter 5 Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (2 Knaben, 3 Mädchen).

X Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend voriger Woche in der Familie Fr. Daniszewski, Gchulderstraße (Konarskiego) 31. Das 11 Monate alte Kindchen der D-schen Eheleute kam in einem unbewachten Augenblick einem Kübel mit heißem Wasser zu nahe und zog sich dabei solche Verbürhungen zu, daß es am nächsten Tage an den erlittenen Verletzungen verstarb.

X In einem Brande wurde die Feuerwehr von der Czarniecki-Kaserne gerufen. Dort hatte sich im 2. Stock Schornsteinruß entzündet. Die Wehr konnte den Brand schnellstens unterdrücken, und damit jede weitere Gefahr beseitigen. Wesentlicher Schaden war nicht zu verzeichnen.

X Des Banditen Ende. Seiner Zeit hatte ein gefährlicher Bandit namens Piotr Zawacki den Landkreis Grudenz zum Schauplatz seiner Untaten erwählt. Zwei Attentate verübte er damals, bei denen von ihm zwei Landleute durch Erschießen ermordet wurden. Dann verschwand der Verbrecher aus unserer Gegend, hielt sich eine Weile in der Nähe von Jablonowo und darauf bei Thorn auf und verlegte schließlich sein Arbeitsfeld in die Posener Wojewodschaft. Bei seinen Raubzügen kam Zawacki die ihm in ganz besonders starkem Maße eigene Kunst der Verstellung und Maskierung zugute. Er wußte meisterhaft seine Opfer durch ganz arglos erscheinendes, ja vertrauenerweckendes Auftreten zu täuschen und in Sicherheit zu wiegen. In seinem „Programm“ gehörte auch die mit einer Anzahl Kumpane, die sich willig seiner Führung anvertrauten, unternommene Veranbung von Güterzügen. Endlich aber sollte auch die Stunde dieses Übeltäters schlagen. Bei einer von der Polizei am Montag ausgeführten Razzia kamen die Beamten in der Gegend von Schwarsenz in der Wojewodschaft Posen dem Zawacki auf die Spur. Der sich verfolgte Verbrecher suchte sich durch Flucht zu retten, jedoch machte der Schuß eines Polizisten dem Leben des gefährlichen Gefellen ein Ende. Einige Mitglieder seiner Bande fielen der Polizei in die Hände.

X Diebstähle. Aus dem Restaurant „Waldbäuschen“ im Stadtpark wurden mittels nächtlichen Einbruchs Gegenstände im Werte von 140 Zloty entwendet. Josef Strzezewski aus Roggenhausen (Rogozno) und Franz Rózycki aus Dt. Wangerau (Wegrowo Niem.) sind ihre Fahrräder im Werte von 80 und 120 Zloty, ferner Margarete Marczyńska, Brüderstraße (Wracka) 19, ein Mantel im Werte von 50 Zloty und Alfons Lutowki, Courbierestraße (Kosciuszki) 13, Briefstauben im Werte von 70 Zloty gestohlen worden.

Thorn (Torun).

v Von der Weichsel. Der Wasserstand erfuhr gegen den Vortag eine weitere Abnahme um 7 Zentimeter und betrug Dienstag früh bei Thorn 0,61 Meter über Normal. - Von Warschau kommend traf Dampfer „Goniec“ in Thorn ein. Die Dampfer „Warszawa“ und „Witez“ passierten die Stadt auf der Fahrt von Warschau nach Danzig, Dampfer „Kraus“ passierte in umgekehrter Richtung.

v Postverkehr im Oktober. Im Monat Oktober gelangten beim hiesigen Hauptpostamt zur Aufgabe: 798 000 gewöhnliche Briefsendungen, 20 500 Einschreibebriefe, 368 Wertbriefe, 4340 gewöhnliche Pakete, 203 Wertpakete, 1750 Nachnahmeseudungen, 452 Postaufträge, 9200 Post- und telegraphische Überweisungen in Höhe von 750 000 Zloty, 14 600 Anweisungen für die Postsparkasse in Höhe von 1 400 000 Zloty, 208 000 Zeitungen und 2660 Telegramme. Im gleichen Monat gingen in Thorn ein: 468 000 gewöhnliche Briefsendungen, 27 200 Einschreibebriefe, 793 Wertbriefe, 5090 gewöhnliche Pakete, 809 Wertpakete, 2790 Nachnahmeseudungen, 393 Postaufträge, 10 300 Post- und telegraphische Überweisungen in Höhe von 632 000 Zloty, 3800 Anweisungen für die Postsparkasse in Höhe von 403 000 Zloty, 52 000 Zeitungen, 2900 Telegramme. Die Zahl der Ortstelephongespräche betrug 400 447, die der Ferngespräche 29 090, davon 14 100 Gespräche von Thorn und 14 990 nach Thorn.

v Das Thorer Appellationsgericht als Revisionsinstanz verhandelte kürzlich gegen die Brüder Arthur und Bruno Konkol, die sich wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten hatten. Die Vorgeschichte ist folgende: Im Januar d. J. rief der Dorfschulze Jerzy in der Schule in Lipia Góra, Kreis Mewe, eine Versammlung zwecks Wahl der Gemeinderatsmitglieder ein. Die Angeklagten, denen der Umstand, daß der Gastwirt

Blut-, Haut- und Nervenranke erreichen durch den Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwajers geordnete Verdauungsverhältnisse. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (9049)

Vorzyskowski gleichfalls auf der Kandidatenliste stand, mißfiel, inszenierten einen Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlauf derselben brachten sie Borzyskowski so schwere Körperverletzungen bei, daß einige Stunden später der Tod eintrat. Wegen dieser Bluttat fand im April d. J. eine Verhandlung vor dem Grudenzger Bezirksgericht statt, welches die beiden Brüder zu je 6 Jahren Gefängnis verurteilte. Infolge der eingelegten Berufung fand eine nochmalige Verhandlung vor dem hiesigen Appellationsgericht statt. Nach durchgeführter Verhandlung erkannte das Gericht gegen Arthur Konkol auf nur 4 Jahre Gefängnis und sprach Bruno K. frei. - Während eines Streites mit den Nachbarn, der sich in Kraszewo bei Soldau abspielte und bei dem die streitenden Parteien mit Mistgabeln aufeinander losgingen, verletzten die Brüder Mogilewski die Brüder Wilamowski. Bei der auswärtigen Sitzung in Soldau verurteilte das Bezirksgericht die Brüder Mogilewski zu je 2 Wochen Gefängnis. Das Appellationsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und sprach beide Angeklagte frei.

v Wegen Betruges und Heiratschwindels hatte sich Wojciech Zamiar vor dem hiesigen Appellationsgericht als Revisionsinstanz zu verantworten. Der Angeklagte gab sich als Ingenieur und Pächter einer Maschinenfabrik in Pasosch sowie als Fabrikbesitzer usw. aus und schwindelte leichtgläubigen Personen unter verschiedenen Vorwänden größere Geldbeträge ab, weswegen ihn das Thorer Bezirksgericht im Juli d. J. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte. Dieses Urteil wurde vom Appellationsgericht bestätigt.

= Auf dem Dienstag-Wochenmarkt, der gut besucht war, notierte man folgende Preise: Eier 2,20-2,60, Butter 1,40-1,80, Sahne 1,60-1,80, Glumje pro Stück 0,20-0,70, Kochfäse 0,60-0,80, Tauben 0,50-0,80, Hühner 1,50-3,00, Enten 2,00-4,00, Gänse 4,00-6,00, Hasen desgl.; Honig 1,50 bis 2,00, Pflaumenkreude 0,60-0,80, Backobst 0,60-1,20, Apfel 0,10 bis 0,70, Zitronen pro Stück 0,10 bis 0,20, saure Gurken pro Stück 0,05-0,20, Sauerkraut 0,10 bis 0,15, Meerrettich 0,10-0,30, Zwiebeln 0,15-0,20, grüne Tomaten 0,10-0,20, Kürbis 0,10, Mohrrüben und rote Rüben pro Kilogramm 0,15, Kartoffeln pro Zentner 2,50 bis 3,50, Blumenkohl pro Kopf 0,10-0,15, Rosenkohl 0,30-0,50 usw. Die übrigen Kohlorten wiesen keinerlei Preisveränderung auf. Der Markt war nur mittelmäßig besucht.

tz Konig (Chojnice), 22. November. Das Koniger Burgericht verurteilte Marjan Lewinski aus Rudzin zu einer Woche Arrest mit zweijähriger Bewährungsfrist und zur Tragung der Gerichtskosten, weil er eine Schlägerei angezettelt und dabei mit einem Gummiknüppel einen Gegner blutig geschlagen hatte. - Den „Drang nach Westen“ verspürten 10 fette Gänse eines Landwirts in Wosjt. Sie marschierten deshalb, ohne sich um die Grenzpfähle zu kümmern, nach Deutschland, wo sie wohl etwas mehr kosten als hier. Da ihr Besitzer sie nicht allein gehen lassen wollte, marschierte er mit. Die Grenzpolizei hatte aber für diesen Höflichkeitsakt anscheinend nicht das richtige Verständnis und verhaftete deshalb den Wirt. - Der Kegeklub „Roter Fez“ veranstaltete gestern ein Gänse-Fest. Den ersten Preis errang mit 26 Holz Herr Wisniewski, den zweiten Bäckermeister Felmer, den dritten Brauereibesitzer Sig. Ein gemütliches Beisammensein mit Kaffeetafel und einem kleinen Tänzen beschloß

Thorn.

Advertisement for B. Sommerfeld pianos. Includes text: 'erteilt Rat, nimmt Best. entgegen. Distret. zugehörig. Friedrich. Torun. sw. Jakob 15.' and 'Erfolgreiche Nachhilfestunden für alle Klassen d. Gymnasiums erteilt Alonowicz 43, Bohng. 3. 9224'. Also features an image of a piano and the text 'Pianos in unübertroffener Qualität empfiehlt zu billigen Preisen B. Sommerfeld Fabryka Pianin 8760 Bydgoszcz, ulica Sniadeckich 2. Fabriklager: Grudziadz, ul. Groblowa 2. Poznan, ul. 27. Grudnia 15.'

Advertisement for 'Der Schlager der Saison! Die Leidenschaft von Jung u. Alt Yo - Yo!'. Includes text: 'In Torun zu haben bei Justus Wallis, ul. Szeroka 34-'. Also features a circular logo for 'H. RAUSCH, TORUN' and 'Stempelfabrik'.

Advertisement for 'Farbige Holzschnitte' and 'Dauerwellen, ohne Elektrizität - Gefahrlos Mehrtägige Erfahrung. Wasserwellen in exakter Ausführung. Salon A. Orlikowski, am Fischmarkt 8630'. Also includes text: 'Der moderne, hochwertige Bildschmuck: Farbige Holzschnitte in farbigen Einrahmungen und ungerahmt in einem meiner Schaufenster ausgestellt. Weitere Blätter bitte ich zwanglos in meinem Geschäftslokale zu besichtigen. Arnold Kriedte, Grudziadz Mickiewiczza 10. 9258'







# Ein Bündel Rätsel.

Den „Kurjer Późnański“ peinigen Ängste. Was passiert aber auch alles in der Welt! Daß ein Vizeminister vom polnischen Auswärtigen Amt in Berlin Besuche macht, ist, solange die Welt steht, noch nicht dagewesen. Aber ganz unglaublich ist, daß der Minister selbst sich in die Berliner Löwengrube begeben wollte. Zwar ist die augenblickliche Gefahr vorüber. Herr Bed hat sich auf dem gefährlichen Gebiet nur eine Stunde aufgehalten. Aber er fährt nach Genf, und es wird wohl unvermeidlich sein, daß er dort mit dem Reichsminister des Auswärtigen zusammentrifft. Was wird dort geschehen? Vielleicht verkauft Herr Bed den Korridor? Man sieht, wie berechtigt die Sorgen des Posener polnischen Blattes sind. Es gibt ihnen in einem Leitartikel unter der obigen Überschrift deutlicher Ausdruck. Es heißt in dem Klagegedicht u. a.:

„Ende der vorigen Woche verbreitete sich das Gerücht, der Außenminister Bed werde auf dem Wege nach Genf in Berlin Aufenthalt nehmen und mit dem Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath eine Konferenz abhalten. Die Konferenz sollte die Fortsetzung der Besprechungen bilden, die letzthin der Vizeminister Graf Szembek in Berlin mit Herrn von Neurath gehalten hat. Bekanntlich entsandte Herr Bed gleich nach seiner Ernennung Herrn Szembek in die europäischen Hauptstädte mit einer besonderen Mission. Herr Szembek war in Paris, in London und in Brüssel; zuletzt kam er nach Berlin. Wenn die Rundreise des Herrn Szembek in den Hauptstädten der früheren Alliierten als verständlich erscheinen konnte, obgleich sie bezeichnend genug war, so hatte seine Visite in Berlin bereits einen besonderen Beigeschmack angenommen. Bisher fuhr nach unserer Kenntnis noch kein Vizeminister des polnischen Außenamts zu offiziellen Besuchen nach Berlin. Selbst Herr Bed beschränkte sich, als er als Vizeminister in der Reichshauptstadt war, wie seinerzeit offiziell bekanntgegeben wurde, darauf, die polnische Gesandtschaft zu besuchen, und hatte keinen unmittelbaren Kontakt mit den deutschen Regierungskreisen. Jetzt indesien wollte nicht nur Herr Szembek in Berlin, sondern gleichzeitig kündigte man dort den Besuch des Herrn Bed an. Es tat dies sehr nett der Krakauer regierungsfreundliche „Gazeta“ in einem Leitartikel unter dem Titel „Die Herren Bed und Szembek in Berlin“.

In diesem Artikel äußerte sich der „Gazeta“ lobend über die polnischen Besuche in Berlin und bezeichnete sie als erwünscht; wobei er behauptete, daß die Anknüpfung unmittelbarer Beziehungen zwischen Warschau und Berlin nicht hoffnungslos sei. Eigentlich aber widmete er seine ganzen Ausführungen einer Polemik mit ungeschriebenen Artikeln der nationalen Presse, von der er im voraus eine Kritik der Berliner Visiten erwartete. Es zeigte sich indessen, daß Herr Bed sich nicht in Berlin aufhielt und mit keinen offiziellen deutschen Kreisen verhandelte. Er nahm nur Herrn Szembek in seinen Wagon auf, der ihm über seine Besprechungen in den europäischen Hauptstädten Bericht erstattete.

Und hier beginnen die Rätsel. War der Artikel des „Gazeta“ tatsächlich der Ausdruck einer ungewöhnlichen und in diesem Falle ziemlich ungeschickten Dienstfertigkeit gegenüber Herrn Bed, oder war er vielmehr der Ausdruck einer geschickten Warnung vor der Opposition im Lande? Hatte Herr Bed tatsächlich die Absicht, in Berlin Aufenthalt zu nehmen? Hat ihm aber Herr Szembek davon abgeraten, nachdem er sich auf dem dortigen Terrain informiert hatte? Oder hat er die Berliner Besprechungen in der jetzigen Zeit mit Rücksicht auf die Kabinettskrise im Reich für zwecklos gehalten? Eines unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Szembek in Berlin zwei Unterredungen mit Herrn von Neurath hatte. Wovon haben sie gesprochen? Auch das weiß man nicht. Die halbamtliche polnische Presse schweigt, es schweigen auch die deutschen Blätter. Jemand will erlaucht haben, daß es sich um Abrüstungsfragen handelte. Es wäre dies indessen eine ziemlich kühne Annahme nicht bloß deshalb, weil Herr Szembek bisher an den Abrüstungsarbeiten nicht beteiligt war, sondern vor allem deshalb, weil die Unterhandlungen über dieses Thema zwischen Deutschland und dem Völkerbund selbst abgebrochen sind, und man also nicht weiß, was in dieser Beziehung Polen sagen und tun könnte.

Wir beabsichtigen vorerst nicht — so schließt der „Kurjer Późnański“ seine typischen Betrachtungen — weiter auf diese Fragen einzugehen. Die Tatsache bleibt, daß sich bei der Rundreise des Herrn Szembek die größte Aufmerksamkeit auf seine Visite in Berlin lenkte, ein wenig dank dem „Gazeta“, der, wie es scheint, zu viel gesagt hat. Tatsache bleibt es auch, daß die Amtstätigkeit des neuen Außenministers mit einer Reihe von Rätseln und Mutmaßungen begonnen hat. Warten wir ab, was weiter wird.“

## Süchtlerlich!

Die amtliche Polnische Telegraphen-Agentur meldet am 20. November aus Warschau:

Das Regierungskommissariat der Hauptstadt Warschau hat am 19. d. M. ein großes Lager von Bilderbüchern deutscher Verlage entdeckt. Der Besitzer dieses Lagers, namens A. Leiner, ein Ausländer, Marszalkowka 51, hat für diese Bilderbücher den niedrigen Preis von 50 Groschen pro Stück angesetzt und wollte auf diese Weise Polen mit deutschen Verlagsprodukten überschwemmen, die in polnischer Sprache gedruckt waren und auf diese Weise aus dem Buchhandel die Erzeugnisse der polnischen Verleger ausschalten und ganze Scharen Druckerangehöriger der Arbeitsmöglichkeit berauben. Keines der Bücher enthält, um seine deutsche Herkunft zu zeigen, einen Vermerk der Druckerei, in der sie hergestellt waren. Die Bücher wurden beschlagnahmt und das Lager verriegelt.

## Preussische Toleranz im Namensrecht der Minderheit.

Das polnische „ka“ statt „k“ oder „ky“.

Wie die „Allenstein Zeitung“ meldet, hat der Preussische Minister des Innern einen Rundschreiben an alle Polizeibehörden ausgegeben. Dieser Erlaß, der in Ostpreußen

# Für eine Entspannung der polnisch-deutschen Beziehungen

## Wie würde Frankreich darüber denken?

Der Sejmabgeordnete Stanislaw Mackiewicz, der — freilich mit einer besonderen Note und ohne stärkere Resonanz — dem Regierungsklub angehört, hat sich in dem von ihm herausgegebenen monarchistischen Organ, dem Wilnaer „Słowo“, schon wiederholt für eine deutsch-polnische Annäherung eingesetzt, was zur Folge hatte, daß er, besonders von der nationaldemokratischen polnischen Presse heftig angegriffen wurde. Er ist trotzdem seinem Standpunkt treu geblieben. In einem längeren Aufsatz veröffentlicht er in seinem Organ eine „Unterredung eines Franzosen mit einem Polen“, in der sich der Autor nochmals mit dem Bündnis mit Polen, mit den polnisch-deutschen und deutsch-französischen Beziehungen beschäftigt. Der Artikel bewegt sich in folgenden Gedankengängen:

In Polen ist die Ansicht verbreitet, es liege Frankreich daran, daß die Beziehungen Polens zu Deutschland sich möglichst schlecht gestalten. In der Tat verhält es sich aber ganz anders. Manchmal kann vielleicht die französische Diplomatie der Meinung sein, daß ihr bei einigen Schwächlingen deutsch-polnische Gegensätze die Arbeit erleichtern. Zweifellos existieren in Frankreich politische Gruppen, die sich den pazifistischen Stimmungen dieses Landes nicht anschließen wollen und Deutschland dauernd in der Zange der Abhängigkeit halten möchten. Aber das, was man als Frankreich oder den entscheidenden Teil der französischen Meinung bezeichnen kann, — die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung will den Frieden zwischen Polen und Deutschland.

„Wann endlich wird es zu einer solchen Verständigung kommen?“

Dies kann man von dem Durchschnitts-Franzosen hören, wenn man mit ihm über die deutsch-polnischen Beziehungen spricht. Man muß in Frankreich gewesen sein, um einzusehen, welche Dummheit die Befürchtung ist, daß uns die Propaganda für eine Entspannung der polnisch-deutschen Beziehungen das „Verhältnis mit Frankreich“ verderben könnte.

Die polnischen Presse sollte diese unerhört irrigen und sehr schädlichen Begriffe berichtigen, die bei uns von der internationalen Politik verbreitet werden. Ebenso wie denjenigen, die über den Bolschewismus entzückt sind und auf den Kapitalismus schimpfen, eine Reise nach Rußland zu empfehlen wäre, so könnte man denen, die der Meinung sind, daß Artikel für eine deutsch-polnische Annäherung einen ungünstigen Einfluß auf die Sympathien der Franzosen Polen gegenüber ausüben, nahelegen, ein wenig die französischen politischen Zentren kennen zu lernen. Freilich ist ein solches Eindringen in das französische Zentrum und der Blick auf das Problem des polnisch-französischen Bündnisses durch die französische Brille mit großen Verdrehlichkeiten, großen Enttäuschungen und anderen für den nationalen Ehrgeiz unangenehmen Gefühlen verknüpft.

## Die Franzosen schätzen im Allgemeinen das Bündnis mit Polen nicht.

Wir haben übrigens dafür schlagende Beweise auf jedem Schritt; doch wir verschließen vor dieser Tatsache die Augen. Betrachten wir uns einmal die letzten Ereignisse. Minister Jaleski gab uns die Versicherung, er arbeite in vollkommenem Einvernehmen mit der französischen Regierung. Man empörte sich über mich, als ich schrieb, daß nach einer solchen Erklärung und nach der für alle offensichtlichen Tatsache, daß der Abrüstungsplan Paul Boncour ohne jegliche Verständigung mit Polen ausgearbeitet worden ist, die Demission des Ministers Jaleski eine logische und konsequente Sache war. Sehen wir uns ferner das Modell des französisch-russischen Bündnisses an. Wäre es möglich, daß ein Plan von dem militärischen Charakter, ein für die Sicherheitsbedingungen so wesentlicher Plan, wie es das Projekt Paul Boncour zur Zeit des Bestehens des französisch-russischen Bündnisses war, in Paris ausgearbeitet, vorbereitet, bekanntgegeben worden wäre, ohne die enge Zusammenarbeit nicht allein mit dem russischen Außenministerium, sondern auch ohne das Wissen und die Genehmigung des russischen Generalstabes? Diese Frage muß entschieden verneint werden.

Aber in dieser Beziehung zuckt der Franzose, wenn er aufrichtig sein will, die Achseln: „Ihr könnt euch nicht mit Rußland vergleichen. Rußland hatte für Frankreich eine große Bedeutung, die ihr zu ersehen nicht imstande seid. Warum? Spielen wir nicht eben eine identische Rolle, sind wir nicht Bundesgenossen auf der anderen Seite des Gegners, auf der anderen Seite der Gefahr?“

„Auf diesem geographischen Gedankenpfitter endet auch die Analogie der Rolle Polens und der Rolle Frankreichs“ — wird darauf der Franzose boshaft antworten. „Rußland“, wird der Franzose sagen, war eine riesige Militärmacht. Wir haben vielleicht den Nervenzustand des russischen Volkes überschätzt, wir wußten nicht, daß der „Muschitz“

(russischer Bauer — D. R.) ein längeres Sitzen in den Schützengräben nicht aushält. Und doch war Rußland eine militärische Macht, die viele deutsche Kräfte fesseln mußte. Ihr spielt aber gar keine Rolle; denn mit dem Augenblick eines Kriegsausbruchs mit Deutschland werdet ihr ohnehin mit den Bolschewisten beschäftigt sein, die euch zweifellos angreifen werden. Euer Militär? Zweifellos schätzen alle Kenner den großen Wert seiner Offiziere und Soldaten ein. Doch besitzt Polen die technischen Mittel wie z. B. Frankreich? Dort hat jede Infanterie-Division 63 schwere Tanks, 12 bombenwerfende Aeroplane, 18 Jagd- und 22 Beobachtungsflugzeuge. Die schweren Tanks sehen aus wie ein Panzer, und die bombenwerfenden Aeroplane führen 2½ Tonnen Explosivmaterial mit sich. Auf jede Infanterie-Division entfallen auch zwei schwere Artillerie-Regimenter, ein Regiment der schweren Artillerie besitzt sechs Batterien von 155 Zentimeter-Geschützen. Diese Biffen beweisen, über welche technischen Mittel die moderne Armee verfügen muß.“

Man darf die oben erwähnten französischen Argumente nicht in Hauch und Bogen zurückweisen; denn in ihnen steckt viel Wahrheit. Freilich bedeuten wir für Frankreich einen viel schwächeren Bundesgenossen als Rußland. Unser Gesamtstaatshaushalt beträgt 2 Milliarden 800 Millionen Loty, der französische aber 58 Milliarden Franken. Unsere Armee kann nicht so wie die französische ausgestattet werden, besonders bei den demokratischen Ansichten unserer Volksgemeinschaft über die Zwecke des Staatshaushalts. Doch wir können den Franzosen mit einem Satz antworten: „Wir sind schwächer als euer früherer Bundesgenosse Rußland; doch wir sind euer einziger Bundesgenosse.“ Darauf beruht unsere Kraft, unsere Bedeutung. Unsere Schwäche im Vergleich zu dem vorkriegszeitlichen Rußland beruht auf etwas anderem. Das vorkriegszeitliche Rußland konnte jeden Tag mit der Drohung an euch herantreten, daß es von dem Bündnis mit Paris zu einem Bündnis mit Berlin übergehen werde. Genügt hätte ein Handschreiben des Zaren von Rußland an Wilhelm, um das französisch-russische Bündnis, sämtliche militärischen Voraussetzungen und die damit zusammenhängenden Konzeptionen wie ein Kartenhaus zusammenfallen zu lassen. Und daher habt ihr Rußland an einer goldenen Kette gehalten. Ihr gabt dem russischen Bären Gold aus euren Geldvorräten.

Polen hat eine andere Methode gewählt. Zunächst hat es sorgfältig hinter sich sämtliche Türen für die Möglichkeit eines Abschlusses von anderen Bündnissen wie mit Frankreich verschlossen. Dann wendet Polen, um eine Anleihe zu erhalten, die es dringend nötig hat, eine ungewöhnliche Methode an; man macht nach rechts und links Propaganda für die Überzeugung, daß man jeden Augenblick von Deutschland überfallen werden wird.

Unsere öffentliche Meinung ist, soweit sie sich mit der Außenpolitik beschäftigt, über das Jahr 1919 nicht hinausgegangen. Ihr scheint es, daß sich die Verhältnisse seit dieser Zeit nicht geändert haben. Ebenso gut könnte man z. B. an dem 17. Jahrhundert haften bleiben und behaupten, daß die einzige Sorge von Wien und Budapest die türkische Gefahr und für Frankreich der Kampf mit den Engländern war. Die täglichen Beispiele liefern uns einen Beweis dafür, daß die Desorientierung der polnischen Meinung über die Fragen der Außenpolitik so groß ist, daß man von ihr alles erwarten kann. Sicher ist, daß der Durchschnitts-Franzose, der die bedeutende Mehrheit der Meinung seines Landes vertritt, uns sagen wird:

„Wenn vor Jahren unter ganz anderen Bedingungen der Pakt Briand-Capotea entstanden ist, und zwar zum Schutze gegen die gemeinsame Gefahr, so hat Frankreich später eine Friedenspolitik getrieben, um die ihm drohende Gefahr zu mildern. Ihr habt das nicht gelernt!“

Man könnte einem solchen Franzosen über dieses Thema viel antworten. Dies würde jedoch an der Tatsache nichts ändern,

1. daß eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen von der bedeutenden Mehrheit der französischen Meinung mit Anerkennung, ja sogar mit unverhohlener Freude begrüßt werden würde;
2. daß eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen die einzige Möglichkeit für die normale Gestaltung der Beziehungen im System des polnisch-französischen Bündnisses in bezug auf den Ausgleich der Kräfte der beiden Bundesgenossen wäre, während gegenwärtig die polnische Seite durch den Quasi-Krieg mit Deutschland übermäßig geschwächt ist;
3. daß endlich die Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen der einzige Weg wäre, der es ermöglichen würde, auf dem Auslandsmarkt irgend eine bedeutende Anleihe zu erhalten.

## Der russisch-japanische Nichtangriffspakt.

Wie aus Moskau mitgeteilt wird, ist in dem Standpunkt der Sowjets in der Frage des Nichtangriffspaktes im Fernen Osten eine sensationelle Änderung eingetreten. Der „Iswestija“ zufolge würde die Regierung der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt mit dem Mandchurischen Staat unter der Bedingung unterzeichnen, daß gleichzeitig ein analoger Pakt mit Japan abgeschlossen wird, dessen Militär die grundsätzliche bewaffnete Macht des Mandchurischen Staates bilde.

Bis jetzt habe Moskau der Idee des Paktabchlusses mit der Mandchurei gegenüber einen negativen Standpunkt eingenommen, da dies eine direkte Anerkennung dieses Staates wäre. Rußland dränge lediglich auf einen Pakt mit Japan. Die gegenwärtige Kompromißlösung in Gestalt des gleichzeitigen Abschlusses eines Paktes mit Japan und der Mandchurei scheint nach der Meinung der Moskauer politischen Kreise der Verwirklichung nahe zu sein.

und namentlich in Masuren große Beachtung finden dürfte, bestimmt u. a.: Dem Rundschreiben vom 11. Juli 1929 ist als neuer Absatz anzufügen:

„Die Schlüsselbuchstaben „k“ oder „ky“ der Familiennamen polnischen Ursprungs sind bei Frauen oder Töchtern in den Melderegistern als „ka“ zu führen, sofern diese Schreibweise standesamtlich beurkundet ist oder ein ausdrücklicher Antrag gestellt und zugleich der Nachweis erbracht wird, daß es sich um einen Namen polnischen Ursprungs handelt, dessen Eigenart in der Veränderung der Endsilbe sich erhalten hat.“

Für das Gebiet des Genfer Abkommens vom 15. Mai 1922 (RGBl. II S. 237) kommen die Bestimmungen des Schlußprotokolls Abschnitt XVI zur Anwendung. Hiernach haben auch die kommunalen Polizeiverwaltungen zu verfahren.“

Demgegenüber können wir Deutsche in Polen verlangen, daß unsere Namen weder in polnischer Fassung geschrieben, noch dekliniert werden dürfen, wie das hierzulande Brauch zu sein pflegt.



